



Programm

zur

Kommunalwahl 2009

- 1. Liberale Grundsätze zur Kommunalpolitik in Bergkamen**

- 2. Wirtschaft**

- 3. Haushalt und Finanzen**

- 4. Bildung und Kultur**

- 5. Jugend und Soziales**

- 6. Stadtentwicklung und Verkehr**

- 7. Sport und Freizeit**

- 8. Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz**

- 9. Dienstleistungen / Einrichtungen für den Bürger**



1. Liberale Grundsätze zur Kommunalpolitik in Bergkamen

„Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste In der Gemeinde sind die Bürger“ –

Theodor Heuss.

Der **FDP**-Stadtverband Bergkamen versteht sich als Partner des Bürgers und tritt dafür ein, die in der Nordrhein-Westfälischen Gemeindeordnung verankerten Rechte und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung mit Leben zu erfüllen.

Der Bürger muss über die ihn betreffenden Angelegenheiten ausreichend informiert werden, damit er bei der Lösung der Probleme der Stadt Bergkamen mitwirken kann. Durch eine größere Bürgerbeteiligung ist gleichzeitig eine stärkere Kontrolle der Verwaltung möglich.

2. Wirtschaft

Die **FDP** steht für die freiheitliche Grundordnung in der Gesellschaft.

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.

Der Staat muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Wirtschaft gut wirtschaften kann.

Die **FDP** fordert deshalb

Stärkung der Freien Unternehmerschaft gegen das Monopol kommunal geführter und subventionierter Unternehmen.

Faire Bewertung bei Wettbewerbsvergleich zu gleichen Wettbewerbsbedingungen



Kommunale und öffentlich geführte Anbieter müssen bei Preis- und Kostenvergleichen mit sämtlichen anfallenden Gemeinkosten analog zu den privaten Wettbewerbern gewertet werden.

3. Haushalt und Finanzen

Die Gemeinden können ihre Selbstverwaltung und die ständig wachsenden Aufgaben nur dauerhaft bewältigen, wenn ihr ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Die **FDP** fordert deshalb,

- dass das Land einen angemessenen Anteil seiner Haushaltsmittel als nicht zweckgebundene Mittel dem kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellt,
- eine schnell und effektiv arbeitende Verwaltung, die alle Möglichkeiten sparsamer Finanzwirtschaft ausschöpft,
- alternative kostengünstigere Lösungen (z.B. Privatisierung der Dienstleistungen) bevor Gebührenerhöhungen in Betracht gezogen werden,
- auf Folgekosten der Investitionen (Personal-, Sach- und Kapitalkosten) stärker als bisher zu achten,
dass die Verwaltung regelmäßig durch eine unabhängige „Organisationsberatung“ geprüft wird.
- dass die Verwaltung zu Beginn des Haushaltsjahres den realen Verhältnissen entsprechende Haushaltsplanungen vorzustellen hat.

Die Verwaltung hat die Rahmenbedingungen zu schaffen für private Investitionen Durch einen übersichtlichen Vergleich mit anderen Gemeinden die Verwaltung zur bürgerfreundlichen Kontrolle der Finanzen zu zwingen,

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer mit arbeitsplatzgefährdenden Auswirkungen im Einzelhandel, in Großbetrieben, im Handwerk und mit einer Wettbewerbsverzerrung im Verhältnis zu Gewerbebetrieben in den Nachbarstädten wird von der FDP abgelehnt.



4. Bildung und Kultur

Die **Liberalen** setzen einen klaren Schwerpunkt bei Investitionen in die Bildung.

Die **FDP** setzt sich für eine bürgernahe und vielfältige Bildungs- und Kulturpolitik ein.

Die **FDP** fordert

den Erhalt des gegliederten Schulsystems,

Durch die Optimierung der Ganztagsbetreuung die Förderung der Jugendlichen und Kinder zu stärken und den Eltern die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung zu ermöglichen.

das Entgegenwirken einer einseitigen und parteipolitischen Ausrichtung der VHS.

der VHS-Rat muss in diesem Sinne kontrollierend tätig sein,

die Möglichkeit zur Mehrzwecknutzung von öffentlichen Bildungs- und Kultureinrichtungen. Dies ist bei bestehenden, sowie bei der Planung neuer Anlagen zu berücksichtigen.

Die durch Vereine und Organisationen getragenen Bildungsaktivitäten sind positiv zu würdigen und sollen im Rahmen der Möglichkeiten gefördert werden.

5. Jugend und Soziales

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, in denen sich

Verantwortungsbewusstsein und Eigeninitiative entwickeln können.



Die **FDP** fordert

- die verstärkte Förderung von Jugendprogrammen sowie Schüler- und Jugendaustausch mit dem Ausland,
- die soziale Integration der Menschen, die nicht oder nur bedingt in der Lage zur Selbsthilfe sind.

Die **FDP** will,

- dass älteren Menschen eine selbständige Lebensführung mit entsprechender Versorgung durch die Familie, die Nachbarschaft und durch ambulante Dienste so lange wie möglich erhalten bleibt,
- dass eine zumutbare Gegenleistung für erhaltene Sozialhilfe erbracht wird. Neben Säuberungsarbeiten des Stadtgebietes sehen wir einen weiteren wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt im sozialen Bereich.

6. Stadtentwicklung und Verkehr

Liberales Städtebaupolitik will die Sicherung angemessener Lebensqualität durch Stadterhaltung und -erneuerung dazu gehört die Förderung planerischer Vielfalt und sinnvoller Zuordnung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit.

Die **FDP** setzt sich daher für die Berücksichtigung des realen Bevölkerungswachstums, eine Reduzierung des Bedarfs an neuen Bauflächen, eine umweltschonende Siedlungsweise, eine standortgemäße Nutzung von Baulücken und Industriebrachen ein.

Die **FDP** fordert daher

- die Schaffung preiswerten Wohnraums mit sozial- und umweltpolitischer Ausrichtung sowie die Möglichkeit einer individuellen Bebauung und die entsprechende Modernisierung von Altbauwohnungen,



weitere verkehrsberuhigte Maßnahmen einvernehmlich mit dem Bürger, durch Einrichtungen von Fußgänger- und Radfahrwegen, Spiel- und Ruhezonen und Begrünung öffentlicher Flächen und Straßen

Die Zusammenhänge und gegenseitigen Abhängigkeiten von Verkehrsplanung und gemeindlicher Entwicklungspolitik sind stärker zu beachten.

Die **FDP** fordert,

dass Wohnbereiche durch verkehrsberuhigende Maßnahmen mehr als bisher vom Durchgangsverkehr zu entlasten sind,

dass Hauptverkehrsstraßen nicht weiter zurück gebaut werden

dass kostenpflichtige und verkehrsberuhigte Maßnahmen wegen eventueller Kostenbelastungen ausschließlich einvernehmlich mit dem Bürger durchzuführen sind,

dass ungenutzte Industriebrachen neuen Nutzungen zugeführt werden, an Stelle der Ausweisung neuer Bau- und Gewerbeflächen.

das der Verkehrsschilderwald im Stadtgebiet überprüft wird.

An Stelle von übermäßig vielen Kreiseln, die sehr teuer sind, Einführung des grünen Pfeils an Ampelanlagen.

Bei der Planung von Kreisverkehren soll individuell die Verkehrssituation geprüft werden.

Kreisverkehre dürfen nur dann geplant werden, wenn diese den Verkehrsfluss nicht beeinträchtigen

7. Sport und Freizeit

Die **FDP** sieht einen Schwerpunkt zukünftiger Sport- und Freizeitpolitik in der Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten bzw. Selbsthilfe.

Die **FDP** fordert

die Erhaltung und den Ausbau kommunaler Sport- und Freizeitstätten,



Sport- und Freizeitorganisationen sollen in etwa wie die „Träger öffentlicher Belange ein Mitspracherecht bei der Planung haben,

die Ablehnung bevorzugter Behandlung einzelner Vereine oder Organisationen.

8. Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz

Nach Auffassung der Liberalen gehört eine zielgerichtete Umweltpolitik zur Überlebensstrategie unserer Industriegesellschaft. Zur Sicherung oder Schaffung einer menschenwürdigen Umwelt muss der Umweltschutz bei allen parlamentarischen Maßnahmen Vorrang vor den Interessen Einzelner haben.

Natur- und Landschaftsschutz muss Vorrang haben vor kommerzieller Nutzung und Verwertung.

Die **FDP** fordert daher

die Erhaltung und Vergrößerung des Waldbestandes in der Stadt Bergkamen, die Randbepflanzung im Straßenverkehrsnetz zur Minderung von Immissionen.

9. Dienstleistungen / Einrichtungen für den Bürger

Naturschutz- und Ausgleichsflächen sollen allen Bürgern für die Naherholung zur Verfügung stehen.

Die **FDP** setzt sich ein

für einen gerechten Wettbewerb in Bergkamen zum Wohl der Bürger und Unternehmen.



Die **FDP** befürwortet

eine Privatisierung von städtischen Dienstleistungen, wenn bei gleichen Kosten mehr Dienstleistungen für den Bürger gegeben sind. Durch eine unabhängige „Organisationsberatung“ sollte die Verwaltung regelmäßig geprüft werden, um einen schlechten Bürgerservice durch unzweckmäßige Verwaltungsorganisationen und ungerechtfertigte Kosten zu vermeiden.

Die **FDP** fordert

im Zuge der Transparenz die Kostenkalkulation einschließlich sämtlicher Gemeinkosten für kommunal erbrachte Dienstleistungen offen dargestellt werden.

Die **FDP** fordert von der Verwaltung,

dass sämtlichen Bürgern die Entscheidungen und deren Grundlagen offen dargestellt werden.



**Die FDP setzt sich mit ihrem Programm
für eine Stadt ein,
in der sich alle Bürgerinnen und Bürger
wohl fühlen
und mit der sie sich
identifizieren können.**